



Hessisches Ministerium für Soziales und Integration  
Postfach 31 40 · 65021 Wiesbaden

Geschäftszeichen III3-53d0800-0001/2009/006

**Vorab per E-Mail**

Hessischer Städtetag  
Frankfurter Str. 2  
65189 Wiesbaden

Dokument-Nr. 2020-032331  
Bearbeiter/in [REDACTED]  
Durchwahl +49 611 3219 3410  
Fax +49 611 327193410  
E-Mail [REDACTED]@hsm.hessen.de  
Ihr Zeichen  
Ihre Nachricht

Hessischer Städte und Gemeindebund  
Henri-Dunant-Str. 13  
63165 Mühlheim

Datum 28. Februar 2020

Hessischer Landkreistag  
Frankfurter Str. 2  
65189 Wiesbaden

**nachrichtlich:**

Regierungspräsidium Darmstadt  
Luisenplatz 2  
64278 Darmstadt

Regierungspräsidium Gießen  
Landgraf-Philipp-Platz 1-7  
35390 Gießen

Regierungspräsidium Kassel  
Am Alten Stadtschloss 1  
34117 Kassel

**Hessisches Ladenöffnungsgesetz (HLöG)  
Vollzugshinweis zu § 6 Abs. 2 Satz 3 HLöG**

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der unterschiedlichen Handhabung der Kommunen beim Umgang mit Veranstaltungen in engem zeitlichen Zusammenhang mit der Einführung einer Frist zur Bekanntmachung der Allgemeinverfügungen zu Sonntagsöffnungen besteht Anlass zu folgenden Hinweisen zur Anwendung des § 6 Abs. 2 Satz 3 HLöG:

Sonnenberger Straße 2/2a  
65193 Wiesbaden

Telefon: (0611) 3219-0  
Telefax: (0611) 32719-3700

E-Mail: [poststelle@hsm.hessen.de](mailto:poststelle@hsm.hessen.de)  
Internet: <http://www.soziales.hessen.de>

Das Dienstgebäude Sonnenberger Straße 2/2a ist mit den  
Buslinien 1, 8 (Haltestelle: Kurhaus/Theater) und 16 (Haltestelle Kureck) zu erreichen



Die am 24. Dezember 2019 in Kraft getretenen geltenden Bestimmungen zur Ladenöffnung sehen in § 6 Abs. 2 Satz 3 HLÖG vor, die Freigabeentscheidung für verkaufsoffene Sonntage einschließlich ihrer Begründung spätestens drei Monate vor der beabsichtigten Verkaufsstellenöffnung öffentlich bekannt zu machen.

In Fällen, in denen die Einhaltung der Frist auf Grund des Inkrafttretens dieser Bestimmung in den ersten Monaten des Verwaltungsvollzugs tatsächliche Schwierigkeiten bereitet, wird es für vertretbar erachtet, dass insbesondere zur Ermöglichung von wiederkehrenden Veranstaltungen und Traditionsveranstaltungen, eine Bekanntmachung innerhalb der drei Monate vor der Veranstaltung als mit dem Gesetzeszweck vereinbar angesehen wird.

Für die vorgenannte Rechtsauffassung lassen sich folgende Argumente anführen:

§ 6 Abs. 2 Satz 3 HLÖG bezweckt ausweislich der Gesetzesbegründung in erster Linie eine bessere Planbarkeit für die Kommunen, Veranstalter und Verkaufsstellen. Der Gesetzgeber hat mit dieser Regelung angestrebt, eine möglichst frühe Entscheidung der Verwaltungsgerichte in Streitfällen zu erreichen. Diese Formvorschrift soll hingegen ersichtlich nicht dazu dienen, ansonsten materiell-rechtlich genehmigungsfähige Veranstaltungen mit Sonntagsöffnungen in der Übergangszeit nach Inkrafttreten der Gesetzesänderung zu erschweren oder zu verhindern.

Ich rege an, dass Sie Ihre Mitglieder kurzfristig informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Peter Gillich', written over a horizontal line.

Dr. Peter Gillich i.V.